

Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts
für Internationales Recht an der Universität Kiel

Band 190

Die internationale Verkehrsordnung

Grenzüberschreitender Verkehr zu Lande,
auf Binnenwasserstraßen und in der Luft

Von

Jost Delbrück



Duncker & Humblot · Berlin

JOST DELBRÜCK

Die internationale Verkehrsordnung

**Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts
für Internationales Recht an der Universität Kiel**

In der Nachfolge von Jost Delbrück
herausgegeben von

Andreas von Arnould, Nele Matz-Lück
und Kerstin Odendahl
Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht

190

Völkerrechtlicher Beirat des Instituts:

Christine Chinkin

London School of Economics

James Crawford

International Court of Justice,
The Hague

Lori F. Damrosch

Columbia University, New York

Vera Gowlland-Debbas

Graduate Institute of International
Studies, Geneva

Rainer Hofmann

Johann Wolfgang Goethe-
Universität, Frankfurt a.M.

Fred L. Morrison

University of Minnesota,
Minneapolis

Eibe H. Riedel

Geneva Academy of International
Humanitarian Law and
Human Rights Law

Allan Rosas

Court of Justice of the European
Union, Luxemburg

Bruno Simma

Iran International States Claims
Tribunal, The Hague

Daniel Thürer

Universität Zürich

Christian Tomuschat

Humboldt-Universität, Berlin

Rüdiger Wolfrum

Max-Planck-Stiftung für
Internationalen Frieden und
Rechtsstaatlichkeit, Heidelberg

Die internationale Verkehrsordnung

Grenzüberschreitender Verkehr zu Lande,
auf Binnenwasserstraßen und in der Luft

Von

Jost Delbrück



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2015 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 1435-0491
ISBN 978-3-428-14831-8 (Print)
ISBN 978-3-428-54831-6 (E-Book)
ISBN 978-3-428-84831-7 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort und Danksagung

Das Manuskript zu der hier vorliegenden Arbeit wurde zunächst als Teil einer größeren Publikation konzipiert, die nicht zustande gekommen ist. Die Anregung von Frau Professorin Dr. *Kerstin Odendahl*, das Manuskript als Monographie zu publizieren, habe ich gerne aufgegriffen, allerdings wohl wissend, dass das Manuskript angesichts der geraumen Zeit seit seiner Erstellung einer gründlichen Überarbeitung bedurfte. Dass die Arbeit nun als Monographie vorliegt, erfüllt mich mit großer Dankbarkeit.

Dieser Dank gilt in erster Linie der wissenschaftlichen Mitarbeiterin *Katharina Seifert*, LL.M. (University of Cape Town), sowie den studentischen Hilfskräften *Felix Telschow*, *David Schenk* und *Charlotte Gaschke*, die vorzügliche Arbeit geleistet haben. Frau *Andrea Neisius* hat im Anschluss an die inhaltliche Aktualisierung das gesamte Manuskript formatiert. Auch ihr sei mein Dank ausgesprochen. Ganz besonderer Dank gilt Frau Professorin Dr. *Kerstin Odendahl* und dem gesamten Team des Walther-Schücking-Instituts für Internationales Recht.

Kiel, im August 2015

Jost Delbrück
(Prof. em. Dr. Dr. h.c., LL.M. LL.D. h.c.)

Inhaltsverzeichnis

Einführung	25
I. Vorbemerkungen	25
II. Einheitliche internationale Verkehrsordnung?	27

Kapitel 1

Der grenzüberschreitende Straßenverkehr 31

A. Der grenzüberschreitende Personenverkehr	32
I. Das Recht auf Reisefreiheit	32
1. Grundpflicht der Staaten zur Teilnahme am internationalen Verkehr	34
2. Weltweite vertragliche Regelungen des grenzüberschreitenden Personenverkehrs	37
II. Stärkere Liberalisierung des grenzüberschreitenden Personenverkehrs durch regionale Verträge	43
B. Der grenzüberschreitende Verkehr mit Kraftfahrzeugen	52
I. Die Koordinierung und Festlegung eines staatenübergreifenden Verkehrswegenetzes	53
1. Die Anfänge der westeuropäischen Verkehrswegeplanung	55
2. Die UNECE-Deklaration von 1950 und das UNECE-Überein- kommen von 1975	57
II. Straßenverkehrswegeplanung in der EU	60
C. Das Kraftfahrzeug-Straßenverkehrsrecht	63
I. Das Straßenverkehrsrecht	63
1. Die Entwicklung des Straßenverkehrsrechts	64
2. Das Übereinkommen über den Straßenverkehr von 1968	65
3. Das Zusatzübereinkommen von 1971	70
II. Die Straßenverkehrszeichen	71
1. Das Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen von 1968	71
2. Das Zusatzübereinkommen von 1971 und das Zusatzprotokoll von 1973	74
III. Das Fahrpersonal	77
IV. Zusammenfassung	79

D. Das Kraftfahrzeug-Haftpflichtrecht	80
I. Die Entwicklung internationaler Regelungen zur Kraftfahrzeug-Haftpflicht	80
II. Die UNECE-Resolution Nr. 5	81
1. Das Grüne-Karte-System und die Errichtung des Council of Bureaux	82
2. Zur rechtlichen Qualifikation der im Rahmen des Council of Bureaux abgeschlossenen Übereinkommen	87
E. Die grenzüberschreitende Personen- und Güterbeförderung	88
I. Die historische Entwicklung des Rechts der grenzüberschreitenden Personen- und Güterbeförderung	88
II. Die grenzüberschreitende Personenbeförderung	89
1. Der Vertrag über die Standardisierung der Bedingungen für Verträge für die Beförderung von Passagieren und deren Gepäck von 1973	90
2. Das Übereinkommen über die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen von 1982	92
3. Die Resolution 95/2 der ECMT	93
4. Das Interbus-Übereinkommen von 2001	95
a) Die allgemeinen Regelungen	96
b) Das Diskriminierungsverbot und die Liberalisierung	97
c) Das Kontrollsystem	99
5. Die Liberalisierung der grenzüberschreitenden Personenbeförderung im Rahmen des NAFTA	99
6. Zusammenfassende Bewertung	101
III. Der grenzüberschreitende Gütertransport	102
1. Das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr von 1956	104
a) Hintergrund und allgemeine Bestimmungen	104
b) Detailvorschriften	107
c) Sicherung der einheitlichen Geltung und Anwendung	110
d) Schlussbestimmungen	110
2. Der multimodale Transport	111
3. Sicherheitsvorkehrungen im grenzüberschreitenden Gütertransport	113
a) Das Europäische Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße von 1957	114
b) Das Übereinkommen über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel von 1970	117
c) Das Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial von 1980 und das Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle von 1989	119
d) Das Internationale Übereinkommen über sichere Container von 1972	121

e) Das Europäische Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport von 1968 und 2003 (revidiert)	122
4. Harmonisierung der Grenzkontrollen	127
F. Das Steuer- und Zollrecht für den grenzüberschreitenden Kraftfahrzeug- und Güterverkehr	130
I. Die nationalen Interessen und der internationale Regelungsbedarf	130
1. Der Regelungsbedarf für die Erhebung von Kraftfahrzeugsteuern	131
2. Der Regelungsbedarf für die Erhebung von Zöllen	131
II. Die völkervertraglichen Regelungen für die Erhebung von Kraftfahr- zeugsteuern	132
III. Die völkervertraglichen Regelungen für die Erhebung von Zöllen auf Kraftfahrzeuge	136
1. Das Abkommen über Zollerleichterungen im Touristenverkehr von 1954	137
2. Das Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge von 1954	140
3. Das Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge von 1956	143
IV. Erleichterungen der Verfahren für die Zollerhebung im grenzüber- schreitenden Güterverkehr	143
1. Das Zollübereinkommen über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR von 1975	144
2. Die im Rahmen der WCO geschlossenen Zollübereinkommen	147
a) Das A.T.A.-Übereinkommen von 1961 und das Istanbul- Übereinkommen von 1990	148
b) Die Kyoto-Übereinkommen von 1973 und 1999	150
 <i>Kapitel 2</i> 	
Der grenzüberschreitende Eisenbahnverkehr	153
A. Die internationale Zusammenarbeit im Eisenbahnwesen und der Ausbau grenzüberschreitender Eisenbahnnetze	153
I. Die Entwicklung des Eisenbahnrechts bis zum Zweiten Weltkrieg	154
1. Die Entwicklung bis 1919	154
2. Die Entwicklung von 1919 bis 1939	158
II. Internationale Übereinkommen über Eisenbahnnetze	160
III. Transeuropäische Netze im Rahmen der EG/EU	166
B. Die technische Zusammenarbeit	168
I. Wechselseitige Wagenbenutzung	169
1. Das RIV-Übereinkommen für Güterwagen von 1921	170

2.	Der Allgemeine Vertrag für die Verwendung von Güterwagen von 2005	173
3.	Das RIC-Übereinkommen für Personen- und Gepäckwagen von 1923 ..	176
II.	Die Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	178
III.	Schlaf- und Speisewagenservice	180
IV.	Abstimmung von Fahrplänen	181
V.	Grenzbahnhöfe und Internationale Eisenbahnlinien	183
1.	Grenzbahnhöfe	184
2.	Internationale Strecken	186
C.	Das Eisenbahngüter- und -personenbeförderungsrecht	187
I.	Die historische Entwicklung: CIM und CIV	187
1.	Bis zum Zweiten Weltkrieg	187
2.	Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands	189
II.	Das gegenwärtige Recht: Das COTIF	191
1.	Die Reform von 1980	191
2.	Struktur und Aufgaben von OTIF	193
3.	Die Organe des OTIF	199
a)	Die Generalversammlung	199
b)	Der Verwaltungsausschuss	200
c)	Die weiteren Ausschüsse	202
d)	Der Generalsekretär	203
4.	Die Finanzordnung	205
5.	Die Streitbeilegung	205
6.	Das Vertragsänderungsverfahren	206
7.	Die Schlussbestimmungen	208
III.	Die Anhänge A – C zum COTIF	210
1.	Die Eisenbahnbeförderung von Gütern (Anhang B)	211
2.	Die Eisenbahnbeförderung von Personen (Anhang A)	214
3.	Die Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (Anhang C)	217
D.	Das Wagen-, Infrastruktur- und technische Eisenbahnrecht	221
I.	Inkorporierung älteren Rechts in das COTIF	221
II.	Die Verwendung von Wagen (Anhang D zum COTIF)	222
1.	Der Anwendungsbereich	222
2.	Begriffsbestimmungen und Haftungsregelungen	223
III.	Die Nutzung der Infrastruktur (Anhang E zum COTIF)	224
IV.	Die technischen Normen (Anhang F zum COTIF)	227
1.	Der Anwendungsbereich	227
2.	Das Verhältnis zum älteren Recht	229

V. Die technische Zulassung des Eisenbahnmaterials (Anhang G zum COTIF)	230
1. Der Anwendungsbereich	231
2. Grundsätze und Ziele	232
3. Die technische Zulassung und ihre Umsetzung	233
VI. Fazit	236

Kapitel 3

Der grenzüberschreitende Verkehr auf Binnenwasserstraßen 239

A. Die Freiheit der Binnenschifffahrt	241
I. Einführung	241
II. Die völkerrechtlichen Grundlagen	242
1. Die historische Entwicklung	242
2. Die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geltenden Verträge	243
a) Die Donau	243
b) Der Rhein	245
c) Die Elbe und die Oder	247
d) Afrikanische, süd- und nordamerikanische Flüsse	249
III. Die Kernelemente	250
IV. Der Konflikt zwischen den völkerrechtlichen Schifffahrtsregimen und den EU-Kompetenzen für den europäischen Verkehrsbinnenmarkt	253
1. Die Elbe und die Oder	253
2. Der Rhein und die Donau	254
3. Die Sicht der UNECE	260
B. Der Ausbau staatenübergreifender Wasserstraßennetze	262
I. Flüsse und Kanäle als Teil der kontinentalen Verkehrsnetze	262
II. Das Europäische Übereinkommen über die Hauptbinnenwasserstraßen von internationaler Bedeutung von 1996	263
III. Die Anhänge	265
1. Der Inhalt des Anhangs I	265
2. Der Inhalt der Anhänge II und III	266
C. Das Binnenschifffahrtsverkehrsrecht	267
I. Die Zulassung von Binnenschiffen sowie Verkehrsregeln und Verkehrszeichen	268
1. Das Übereinkommen über die Eichung von Binnenschiffen von 1966	269
2. Das Übereinkommen über die Registrierung von Binnenschiffen von 1965	271

3.	Der Europäische Kodex für die Binnenschifffahrt von 2007 und die Richtlinien für Verkehrszeichen und Signale für Binnenwasserstraßen von 2005	273
II.	Das Binnenschifffahrtsgüter- und -personenbeförderungsrecht	274
1.	Das Budapester Übereinkommen über die Güterbeförderung von 2001	274
2.	Das Übereinkommen über die Beförderung von Personen und Gepäck von 1976 sowie das Protokoll von 1978	277
3.	Das Übereinkommen über den Transport gefährlicher Güter von 2000	277
III.	Das Haftungsrecht	281
1.	Das Übereinkommen zu Kollisionen im Binnenschifffahrtsverkehr von 1960	281
2.	Das Übereinkommen über die Begrenzung der Haftung von Binnenschiffseigentümern von 1973 und das Protokoll von 1978	283
3.	Das Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt von 1988	284
 <i>Kapitel 4</i> 		
	Der grenzüberschreitende Luftverkehr	285
A.	Die Freiheiten des Luftverkehrs	287
I.	Die Anfänge: Luftfreiheit v. Lufthoheit	288
II.	Das Chicago Abkommen von 1944	289
III.	Bilaterale Luftverkehrsabkommen	291
B.	Die Sicherheit des Luftverkehrs	292
I.	Maßnahmen bei Verletzungen des staatlichen Luftraums	292
II.	Abkommen zum Schutz gegen Flugzeugentführungen und gegen Gewaltakte	293
III.	Der Lockerbie-Fall	294
IV.	Die Rolle der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation	296
C.	Das Lufthaftungsrecht	297
I.	Die Haftung gegenüber Passagieren	297
II.	Die Haftung gegenüber Dritten	298
D.	Europäisches Luftverkehrsrecht	299
	Literaturverzeichnis	301

Abkürzungsverzeichnis

A	Assembly (Aktenzeichen für Dokumente der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie der Generalversammlung der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten)
AA	Auswärtiges Amt
AAR	Association of American Railroads
ABB	Allgemeine Beförderungsbedingungen
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobilclub
ADN	Accord européen relatif au transport international des marchandises dangereuses par voies de navigation intérieure (Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen)
ADNÄndV	ADN-Änderungsverordnung
ADN-D	Accord européen relatif au transport international des marchandises dangereuses par voies de navigation intérieure: Règlement pour le transport de matières dangereuses sur le Danube (Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen: Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Donau)
ADNR	Accord européen relatif au transport international des marchandises dangereuses par voies de navigation intérieure: Règlement pour le transport de matières dangereuses sur le Rhin (Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen: Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein)
ADR	Accord européen relatif au transport international des marchandises dangereuses par route (Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße)
ADSp	Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen
a.E.	am Ende
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

AETR	Accord européen sur les transports routiers (Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AGC	Accord européen sur les grandes lignes internationales de chemins de fer (Europäisches Übereinkommen über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs)
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AGN	Accord européen sur les grandes voies navigables d'importance Internationale (Europäisches Übereinkommen über die Hauptbinnenwasserstraßen von internationaler Bedeutung)
AGR	Accord européen sur les grandes routes de trafic international (Europäisches Übereinkommen über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs)
AGTC	Accord européen sur les grandes lignes de transport international combiné et les installations onnexes (Europäisches Übereinkommen über wichtige Linien des internationalen kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen)
AIST	Arbeitsgemeinschaft zur Förderung und Entwicklung des internationalen Straßenverkehrs
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kfz-Versicherung
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
APC	Accord sur les exigences minimales pour la délivrance et la validité des permis de conduire (Agreement on Minimum Requirements for the Issue and Validity of Driving Permits)
APTU/ERAPTU	Règles uniformes concernant la validation de normes techniques et l'adoption de prescriptions techniques uniformes applicables au matériel ferroviaire destiné à être utilisé en trafic international/Einheitliche Rechtsvorschriften für die Verbindlicherklärung technischer Normen und für die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Eisenbahnmateriale, das zur Verwendung im internationalen Verkehr bestimmt ist (Anhang F zum COTIF von 1999)
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung der Schweiz
ASOR	Accord relatif aux services occasionnels internationaux de voyageurs par route effectués par autocars (Übereinkommen über die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen)

ATA	Animal Transportation Association (Tiertransportvereinigung)
A.T.A.	Admission Temporaire/Temporary Admission (Vorübergehende Verwendung)
ATMF/ERATMF	Règles uniformes concernant l'admission technique de matériel ferroviaire utilisé en trafic international/Einheitliche Rechtsvorschriften für die technische Zulassung von Eisenbahnmaterial, das im internationalen Verkehr verwendet wird (Anhang G zum COTIF von 1999)
ATP	Accord relatif aux transports internationaux de denrées périssables et aux engins spéciaux à utiliser pour ces transports (Übereinkommen über die Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind)
Aufl.	Auflage
AUR	African Union of Railways
AuslUnf	Auslandsunfälle (Unfälle mit Auslandsbezug)
AVV	Allgemeiner Verwendungsvertrag
AZTV	Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr
BAnz	Bundesanzeiger
Bd.	Band
Begr.	Begründer
ber.	berichtigt
betr.	betreffend
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGL	Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung
bspw.	beispielsweise
BT-Drucksache	Bundestags-Drucksache
bzw.	beziehungsweise
C	Communications et informations (Aktenzeichen für die Abteilung „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ des Amtsblattes der EU/EG)
CA	Chicago Abkommen (International Civil Aviation Convention/Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt)
CCPNM	Convention on the Physical Protection of Nuclear Material (Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial)
CCPR	Covenant on Civil and Political Rights
CDP	Carnet de Passage
CEA	European Confederation of Agriculture
CEMT	Conférence européenne des ministres des transports (Europäische Konferenz der Transportminister)
CEN	Comité européen de normalisation (Europäisches Komitee für Normung)

CENELEC	Comité européen de normalisation électrotechnique (Europäisches Komitee für elektrotechnische Normung)
CEVNI	Code européen des voies de navigation intérieure (Europäischer Kodex für die Binnenschifffahrt)
CIM	Internationales Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr von 1890
CIM/ERCIM	Règles uniformes concernant le Contrat de transport international ferroviaire des marchandises/Einheitliche Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Gütern (Anhang B zum COTIF von 1999)
CIT	Comité international des transports par chemins de fer (Internationales Eisenbahntransportkomitee)
CITA	Comité international de l'inspection technique automobile (Internationale Vereinigung für die technische Prüfung von Kraftfahrzeugen)
CIV	Internationale Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr von 1924
CIV/ERCIV	Règles uniformes concernant le Contrat de transport international ferroviaire des voyageurs/Einheitliche Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Personen (Anhang A zum COTIF von 1999)
CIWL	Compagnie internationale des wagons-lits/Compagnie internationale des wagons-lits et des grands express européens
CLN	Convention relative à la limitation de la responsabilité des propriétaires de bateaux de navigation (Internationales Übereinkommen über die Begrenzung der Haftung von Eigentümern von Binnenschiffen)
CLNI	Convention sur la limitation de la responsabilité en navigation intérieure (Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt)
CMI	Comité maritime international
CMNI	Convention de Budapest relative au contrat de transport de marchandises en navigation intérieure (Budapester Übereinkommen über den Vertrag über die Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt)
CMR	Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route (Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr)
CoB	Council of Bureaux
COM	Commission (englisches Aktenzeichen der Europäischen Kommission)
COTIF	Convention relative aux transports internationaux ferroviaires (Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr)
CSC	International Convention for Safe Container (Internationales Übereinkommen über sichere Container)

CSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)
CUI/ERCUI	Règles uniformes concernant le contrat d'utilisation de l'infrastructure en trafic international ferroviaire/Einheitliche Rechtsvorschriften für den Vertrag über die Nutzung der Infrastruktur im internationalen Eisenbahnverkehr (Anhang E zum COTIF von 1999)
CUV/ERCUV	Règles uniformes concernant les contrats d'utilisation de véhicules en trafic international ferroviaire/Einheitliche Rechtsvorschriften für Verträge über die Verwendung von Wagen im internationalen Eisenbahnverkehr (Anhang D zum COTIF von 1999)
CVN	Convention relative au contrat de transport international de voyageurs et de bagages en navigation intérieure (Übereinkommen über den Vertrag über den Transport von Personen und Gepäck auf Binnenwasserstraßen)
CVR	Convention relative au contrat de transport international de voyageurs et de bagages par route (Übereinkommen über den Vertrag über den internationalen Transport von Passagieren und deren Gepäck auf der Straße)
d.	des/durch
DB	Deutsche Bahn
DBGK	Deutsches Büro Grüne Karte e.V.
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DELAG	Deutsche Luftschiffahrtsgesellschaft AG
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DK	Donaukommission
Doc.	Document (Dokument)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DSG	Deutsche Schlafwagen- und Speisewagen-gesellschaft
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
Ebd./ebd.	Ebenda/ebenda
EBIN	Europäisches Büro für die Binnenschiffahrt
ECE	Economic Commission for Europe (Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen)
ECMT	European Conference of Ministers of Transport (Europäische Konferenz der Transportminister)
ECOSOC	Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen)
ECOWAS	Economic Community of West African States (Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten)
,E'-Eisenbahnnetz	Europäisches-Eisenbahnnetz (Gesamteuropäische Eisenbahnlinien)

EFIN	European Framework for Inland Navigation (Neuer Institutioneller Rahmen für die Europäische Binnenschifffahrt)
EFK	Europäische Reisezug-Fahrplankonferenz
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGK	Europäische Güterzug-Fahrplankonferenz
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention (Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten)
ENA	Europäisches Niederlassungsabkommen
endg.	endgültig
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
ErbbauRG	Erbbaurechtsgesetz
ERFA	European Rail Freight Association
ESTAElectronic	System for Travel Authorization (Elektronisches System zur Reisegenehmigung)
etc.	et cetera (und so weiter)
ETR	Eisenbahntechnische Rundschau
ETS	European Treaty Series
ETSI	European Telecommunications Standards Institute (Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen)
ETV	Einheitliche Technische Vorschriften
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof (Gerichtshof der Europäischen Union)
EuGHE	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
EuRatPVerkÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates
EUROFIMA	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial
EUROP	Europäische Güterwagengemeinschaft
Europol	European Police Office (Europäisches Polizeiamt)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen

E-Wasserstraßennetz	Europäisches-Wasserstraßennetz (Gesamteuropäische Hauptwasserstraßen)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWP	Europäischer Wagenbestellungsplan
f./ff.	folgende
FS	Festschrift
FTE	Forum Train Europe
FVE	Federation of Veterinarians of Europe
GAOR	General Assembly Official Records (Offizielle Protokolle der Generalversammlung der Vereinten Nationen)
GATS	General Agreement on Trade in Services (Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GB	Großbritannien
GBI.	Gesetzblatt
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBI.	Gemeinsames Ministerialblatt
GYIL	German Yearbook of International Law
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
HSiR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HUK-Verband	Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrtversicherer-Verband (Verband der Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrt- und Rechtsschutzversicherer e.V., seit Januar 1995; Verband der Schadensversicherer e.V., seit Januar 1997; Gesamtverbund der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.)
IAEA	International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergiebehörde)
IATA	International Air Transport Association (Internationale Luftverkehrsvereinigung)
IBC	Intermediate Bulk Containers (Großpackmittel)
IBÜ	Interbus-Übereinkommen (Übereinkommen über die Personenbeförderung im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen)
ICAO	International Civil Aviation Organization (Internationale Zivilluftfahrtorganisation)
ICC	International Chamber of Commerce (Internationale Handelskammer)
i.d.F.	in der Fassung

IEKV/IRCA/AICCF	Internationale Eisenbahn-Kongressvereinigung /International Railway Congress Association/Association Internationale du Congrès des <i>Chemins de Fer</i>
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILM	International Legal Materials
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IMCO	Inter-Governmental Maritime Consultative Organization (Zwischenstaatliche beratende Seeschiffahrts-Organisation)
IMO	International Maritime Organization (Internationale Seeschiffahrtsorganisation)
insb.	insbesondere
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPG	Intergovernmental Preparatory Group (Zwischenstaatliche Vorbereitungsgruppe)
IR	Internal Regulations
IRU	International Road Transport Union (Internationale Straßen-transport-Union)
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des
ISG	Internationale Speisewagen-gesellschaft
ITC	Inland Transport Committee
IÜHWK	Internationales Übereinkommen zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen
i.V.m.	in Verbindung mit
Jap. Ann. Int'l L	Japanese Annual of International Law
Kfz	Kraftfahrzeug
KOM	Kommission (deutsches Aktenzeichen der Europäischen Kommission)
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
L	Législation (Aktenzeichen für die Abteilung „Rechtsvorschriften“ des Amtsblattes der EU/EG)
LA	Londoner Abkommen (Uniform Agreement between Bureaux)
LIM	Livret indicateur international des marchandises (Internationales Güterkursbuch)
lit.	litera (Buchstabe)
LNTS	League of Nations Treaty Series
Losbl.	Loseblattsammlung
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
MA	Mannheimer Akte (Revidierte Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1968)
Martens NRG	Martens Nouveau Recueil Général de Traités

m.a.W.	mit anderen Worten
MGA	Multilateral Guarantee Agreement (Multilaterales Garantieabkommen zwischen den nationalen Versicherungsbüros)
Mitropa	Mitteleuropäische Schlaf- und Speisewagen Aktiengesellschaft
MJGT	Minnesota Journal of Global Trade
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MüKo HGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NAFTA	North American Free Trade Agreement (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen)
NAIADES	Navigation and Inland Waterway Action and Development in Europe
Ned	Niederland (Niederlande)
NGO	Non-Governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
No.	Number (Nummer)
Nr.	Nummer
o.ä.	oder ähnlich
OAS	Organization of American States (Organisation Amerikanischer Staaten)
OCTI	Office central des transports internationaux par chemin de fer (Organisation für den Internationalen Eisenbahnverkehr)
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OmniBUS	für alle/durch alle/mit allen (Kurztitel des Multilateral Agreement on the International Regular Transport of Passengers by Coach and Bus)
OSShD	Organisazija Sotrudnitschestwa Shelesnych Dorog (Organisation für die Zusammenarbeit der Eisenbahnen)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OTIF	Organisation intergouvernementale pour les transports internationaux ferroviaires (Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr)
para.	paragraph (Paragraph/Absatz)
PIM	Prescriptions internationales pour marchandises (Vorschriften über den internationalen Güterverkehr)
PKW	Personenkraftwagen
ProduktHaftG	Produkthaftungsgesetz
P-Wagen	Privatgüterwagen
RdC	Recueil des Cours de l'Académie de droit international de La Haye
R.D.I.D.C.	Revue de droit international et de législation comparée
RGBL	Reichsgesetzblatt

RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIC	Regolamento Internazionale delle Carrozze
RICo	Réglementation relative au transport international des conteneurs (Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung von Containern)
RID	Règlement concernant le transport international ferroviaire des marchandises dangereuses (Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter – Anhang C zum COTIF von 1999)
RIEx	Règlement concernant le transport international ferroviaire des colis express (Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung von Expressgut)
RIP	Règlement concernant le transport international ferroviaire des wagons de particuliers (Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung von Privatwagen)
RIV	Regolamento Internazionale Veicoli
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
RNE	RailNetEurope (Association for Facilitating Traffic on European Rail Infrastructure)
Rs.	Rechtssache
SARPS	Standards and Recommended Practices
SBB-CFF-FFS	Schweizerische Bundesbahnen – Chemins de Fer Fédéraux Suisses – Ferrovie Federali Svizzere
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SEK	(General-)Sekretariat der Europäischen Kommission (Aktenzeichen für Arbeitsdokumente der Dienststellen der Europäischen Kommission)
SIGNI	Signalisation des voies de navigation intérieure (Zeichen und Signale an Binnenwasserstraßen)
Slg.	Sammlung
SMGS	Soglashenije o Meshdunarodnom Grusowom Soobstschennii (Übereinkommen über die Eisenbahn-Güterbeförderung im direkten internationalen Verkehr)
SMPS	Soglashenije o Meshdunarodnom Passagierskom Soobstschennii (Übereinkommen über die Beförderung von Personen und Reisegepäck im direkten internationalen Eisenbahnverkehr)
sog.	sogenannt (e/r/s/n)
Stat.	United States Statutes at Large (Sammlung und Kodifikation des Bundesrechts der Vereinigten Staaten von Amerika)
StGB	Strafgesetzbuch
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
t	Tonnen
TCM	Transport combiné des marchandises

TE	Technische Einheit im Eisenbahnwesen
TEIV	Transeuropäische-Eisenbahn-Interoperabilitätsverordnung
TEM	Trans-European Motorways
TER	Trans-European Railway
TIR	Transports internationaux routiers (internationaler Straßen- gütertransport)
TransportR	Transportrecht
TRG	Transportrechtsreformgesetz
TSI	Technische Spezifikation für die Interoperabilität
u.a.	unter anderem/und andere
u.ä.	und ähnliches
U.D.P.	L'unification du droit privé (offizielle Dokumentenbezeich- nung des Internationalen Instituts für die Vereinheitlichung des Privatrechts)
ÜEB	Übereinkommen über die Eichung von Binnenschiffen
UECBV	Union Européenne du commerce du bétail et de la viande (Europäische Vereinigung des Vieh- und Fleischhandels)
UIC	Union internationale des chemins de fer (Internationaler Eisenbahnverband)
UIP	Union Internationale des Wagons Privés (International Union of Private Wagons/Internationale Privatgüterwagen- Union)
UN/U.N.	United Nations (Vereinte Nationen)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwick- lung)
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe (Wirt- schaftskommission für Europa der Vereinten Nationen)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Hoch- kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge)
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé (Inter- nationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts)
UNIFE	Union des industries ferroviaires européennes (Verband der europäischen Eisenbahnindustrien)
Unif.L.Rev.	Uniform Law Review
UNTS	United Nations Treaty Series
ÜRB	Übereinkommen über die Registrierung von Binnenschiffen
US/USA	United States/United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
ÜStrV	Übereinkommen über den Straßenverkehr
ÜStrVZ	Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen
usw.	und so weiter
v.	vom/versus (gegen)

VBS	Völkerbundsatzung (Satzung des Völkerbundes)
VBVG	Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz
Verf.	Verfasser(s)
VersAusglG	Versorgungsausgleichgesetz
VFV	Versailler Friedensvertrag
Vgl./vgl.	Vergleiche/vergleiche
VMEV	Verein Mitteleuropäischer Eisenbahnverbände
VO	Verordnung
Vol.	Volume (Band)
Vorbem.	Vorbemerkung
VR	Volksrepublik
WCO	World Customs Organization (Weltzollorganisation)
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WSI	Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht
WSPA	World Society for the Protection of Animals (heute: World Animal Protection)
WÜD	Wiener Übereinkommen über Diplomatische Beziehungen
WÜK	Wiener Übereinkommen über Konsularische Beziehungen
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z.B.	zum Beispiel
ZfV	Zeitschrift für Verkehrswissenschaften
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchsteuern
Ziff.	Ziffer
ZintEisenb.	Zeitschrift für den internationalen Eisenbahnverkehr
ZKR	Zentralkommission für die Rheinschiffahrt
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
z.T.	zum Teil
ZVEGS	Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge
ZVEPS	Zollabkommen über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge

Einführung

I. Vorbemerkungen

In den Beziehungen der Völker sind seit dem Ausgang des Mittelalters verschiedene, ja gegenläufige Entwicklungstendenzen erkennbar, die sich aber auch überkreuzen und schneiden. Auf der einen Seite bildete sich ein System politisch voneinander getrennter Nationalstaaten aus,¹ die begrenzte Räume unter Ausschließung anderer Staaten beherrschen. Auf der anderen Seite aber verstärkten sich die Beziehungen zwischen den Völkern, und es entwickelte sich ein internationaler Verkehr, der die Staatsräume in wachsendem Maße verbindet und dahin tendiert, die staatlichen Grenzen zu überschreiten. Diese Entwicklung beruht darauf, dass die Fähigkeit zur Selbstbehauptung des souveränen, also unabhängigen Staates immer größeren Anforderungen an die wirtschaftlichen und technischen Ressourcen der Staaten stellte, die jedoch die Leistungsfähigkeit der Staaten zunehmend überstiegen. So wuchs der Bedarf an internationalem Austausch von Rohstoffen, anderen Waren und Gütern. Die idealtypisch vorgestellte *Independenz* der souveränen Staaten wich in der Realität einer wachsenden *Interdependenz*, die in der Form einer vermehrten bi- und multilateralen und seit dem Ende des 19. Jahrhunderts auch zunehmend institutionalisierten internationalen Zusammenarbeit praktische Ausprägung erfuhr, ohne allerdings das nach wie vor prägende Souveränitätsdenken wesentlich zurückzudrängen.

Die Parallelität der Entwicklung und Ausprägung des Nationalstaates und seiner Souveränitätsfixierung einerseits und der Internationalisierung von Wirtschaft und Verkehr andererseits hat zu einer Spannung geführt zwischen dem Interesse der Staaten, den grenzüberschreitenden Verkehr steuern und kontrollieren zu können, und der Notwendigkeit, sich im Interesse der eigenen Entwicklung für eine grenzüberschreitende Kommunikation im weitesten Sinne zu öffnen,² also für den Landverkehr mit Kraftfahrzeugen und Eisenbahn, den Binnenwasser-

¹ Zur Entwicklung und Ausdifferenzierung eines von den souveränen Staaten gebildeten internationalen Systems siehe *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/1, 2. Aufl. 1989, 1 ff.

² So zutreffend auch *Hafner*, in: Neuhold/Hummer/Schreuer (Hrsg.), Österreichisches Handbuch des Völkerrechts, Bd. 1, 4. Aufl. 2004, Rn. 2097 f.

straßen- und den Luftverkehr ebenso wie den Verkehr über die elektronischen Medien (Telekommunikation).³ In dieser Spannungslage⁴ wird man auch den Grund dafür sehen können, dass es über die Jahrhunderte bis heute nicht gelungen ist, ein Prinzip der Freiheit des Verkehrs und eine daraus folgende, generelle völkerrechtliche Pflicht der Staaten zur Anerkennung zu bringen, ihre Verkehrswege und innerstaatlichen Verkehrsnetze an die anderer Staaten anzuschließen, mit anderen Worten, ihre Grenzen und Verkehrswege dem Personen-, Fahrzeug-, Schiffs-, und Luft- sowie dem Warenverkehr grundsätzlich zu öffnen.⁵ Als ein wichtiges, gerade auch völkerrechtlich relevantes Orientierungskriterium für die internationale Verkehrsordnung ist aber das Postulat der Freiheit der grenzüberschreitenden Kommunikation heute – vor allem auch angesichts der im Zuge der Globalisierung wachsenden weltweiten Vernetzung der verschiedenen Akteure (Staaten, internationale Organisation, Individuen, Nichtregierungsorganisationen und multinationale Unternehmen) – von richtungsweisender Bedeutung für die internationale Verkehrsordnung.

Aber es sind nicht nur die wirtschaftlichen und jedenfalls zum Teil neuen technischen Herausforderungen, die sich für die Entwicklung einer offenen, am internationalen Gemeinwohl ebenso wie an den staatlichen Interessen orientierten internationalen Verkehrsordnung stellen. Auch die wachsende Rolle des Individuums und von Gruppen als Teilnehmer am internationalen Verkehr in den verschiedensten

³ Siehe dazu näher *Tietje*, Internationalisiertes Verwaltungshandeln, 2001, 424 ff.; zum Kommunikationsbegriff näher *Delbrück*, in: Thesaurus Acroasium, Communications, Bd. XV, 1987, 77, 88 ff. m.w.N.; wie hier auch *Alexandrowicz*, The Law of Global Communication, 1971, 1; *von Würzen*, Internationales Kraftfahrzeugrecht, 1960, 1 ähnlich schon die ältere Literatur, siehe etwa *Hostie*, Examen de quelque règles du droit international dans la domaine des communications et du transit, RdC 40 (1932), 397, 406 ff.; *de Leener*, Règles générales du droit des communications internationales, RdC 55 (1936), 1, 5 ff.

⁴ Ähnlich auch schon *Dupuis*, Liberté des voies de communication, RdC 2 (1924), 125, 129, der von der Gegensätzlichkeit (*l'opposition*) wenn nicht gar dem Widerstreit (*l'antagonisme*) von Souveränität und Liberalisierung der grenzüberschreitenden Kommunikation spricht.

⁵ Eine andere Frage ist, ob sich völkerrechtliche Pflichten der Zusammenarbeit auch im Verkehrsbereich aus einem übergreifenden Prinzip der Kooperation (*principle of cooperation*) entwickeln lassen. Aber selbst wenn man dies annehmen will – und dafür könnte die wachsende Bedeutung völkerrechtlicher Kooperationspflichten sprechen –, so würde dies dennoch nicht dasselbe sein wie die Anerkennung eines allgemeinen völkerrechtlichen Prinzips der Verkehrsfreiheit; zur Problematik und dem Inhalt völkerrechtlicher Kooperationspflichten siehe *Wolfrum*, Cooperation, International Law of, in: MPEPIL, Rn. 1 ff. (Stand: April 2010); *Delbrück/Heinz* (Hrsg.), International Law of Cooperation and State Sovereignty, 2002, *passim*; *Delbrück*, in: Thesaurus Acroasium, Communications, Bd. XV, 1987, 77, 91 ff.

politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen ist eine neue Herausforderung, die zudem der Konzeption einer internationalen Verkehrsordnung eine deutliche menschenrechtliche Dimension hinzufügt.⁶ Hier stellt sich zum Beispiel die Frage nach einem Menschenrecht auf Reisefreiheit, das etwa in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948⁷ (AEMR) (Art. 13) und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966⁸ (IPbpR) (Art. 12), vor allem aber in nationalen Verfassungen eine teilweise Anerkennung gefunden hat – eine teilweise Anerkennung deswegen, weil sie nur die individuelle Ein- und Ausreisefreiheit, bezogen auf den Heimatstaat, aber eben nicht die Einreisefreiheit in ein fremdes Land, umfasst.⁹ So bleibt es bisher auch auf diesem Gebiet bei der Notwendigkeit, durch bi- und multilaterale Verträge Regelungen zu treffen, die den Bedürfnissen nach einer offenen, die Mobilität fördernden, zugleich aber auch die staatlichen Interessen an souveräner Steuerung der grenzüberschreitenden Bewegungen berücksichtigenden Verkehrsordnung entsprechen.

II. Einheitliche internationale Verkehrsordnung?

Die Rede von einer internationalen Verkehrsordnung könnte andeuten, dass es in der Tat für die verschiedenen Formen und Modalitäten grenzüberschreitender Mobilität eine übergreifende, einheitliche Rechtsordnung gibt, auch wenn es – wie erwähnt – noch an der Anerkennung einer allgemeinen Verkehrsfreiheit mangelt. Auch die wohl überwiegend anerkannte Definition des internationalen Verkehrsrechts als die Gesamtheit der Regelungen des Rechts des grenzüberschreitenden Verkehrs von Personen und materiellen wie immateriellen Gütern zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum mit unterschiedlichen Transportmitteln einschließlich der elektronischen Medien scheint auf die Existenz einer einheitlichen internationalen Verkehrsordnung hinzudeuten.¹⁰ Schließlich könnte der

⁶ Siehe die von *Sohn/Buergenthal* herausgegebene Studie über den grenzüberschreitenden Personenverkehr (*The Movement of Persons Across Borders*, 1992), die durchgehend vom Paradigma der Menschenrechte geprägt ist.

⁷ GAOR, III, Resolutions UN Doc. A/810/71.

⁸ UNTS Bd. 999, 171/BGBl. 1973 II, 1553.

⁹ Vgl. dazu näher *Freedman*, *The International Right to Travel, Trade, and Commerce* 1993, 7 ff. und *passim*.

¹⁰ Zu dieser und ähnlichen Definitionen des internationalen Verkehrsrechts siehe *Abraham*, in: Strupp/Schlochauer (Hrsg.), *Wörterbuch des Völkerrechts*, Bd. 3, 1962, 514; etwas differenzierter *Hafner*, in: Neuhold/Hummer/Schreuer (Hrsg.), *Österreichisches Handbuch des Völkerrechts*, Bd. 1, 4. Aufl. 2004, Rn. 2092 ff.; auch *Bergner* u.a., *Internationales Verkehrsrecht*, 1969, 24 f., die allerdings eine solche umfassende Begriffsbestimmung nicht als „aus rechtszweigtheoretischen, sondern vielmehr aus praktischen Gründen“